Österreichische
www.sparkasse.at
Sparkassen Zeitung
ERSTE BANK SPARKASSE
Nummer 8 | August 2011 | 98. Jahrgang

„Gegen Vermögensteuer gibt es unzählige Argumente“

Finanzministerin Maria Fekter im Interview

Finanzministerin Maria Fekter (hier vor Reportern in Brüssel): „Eine Steuerreform mit Entlastungseffekten halte ich erst dann für vertretbar, wenn wir uns durch Sparsamkeit den budgetären Spielraum dafür erarbeitet haben.“

Stresstest für Banken, Basel II und die Folgen, eine umstrittene Bankenabgabe, das Schwächeln der Wiener Börse, der Ruf nach einer Wiederauferstehung der Vermögensteuer sowie die Grundsätze der Steuerpolitik im Lichte des aktuellen Steueraufkommens, das über den Erwartungen liegt: ein breites Themenspektrum für ein Interview mit Finanzministerin Maria Fekter. Sie setzt auf unmissverständliche Antworten.

Sparkassenzeitung: Der jüngste Stresstest für knapp 100 europäische Großbanken hat neuerlich die Notwendigkeit wachsender Eigenkapitalquoten der Kreditinstitute unterstrichen. Erweist sich im Lichte dieser Notwendigkeit die (unbefristete) österreichische Bankensteuer in Höhe von 500 Mio. Euro nicht als hochgradig kontraproduktiv?

Fekter: Natürlich muss man die Eigenkapitalquoten der Kreditinstitute im Auge behalten – insbesondere auch im Hinblick auf die Umsetzung von Basel III. In diesem Zusammenhang verweise ich darauf, dass in den Gesetzeserläuterungen zur Bankenabgabe klar verankert ist, dass bis 30. September 2012 eine Evaluierung der Abgabe stattfinden wird, bei der die sonstigen Belastungen für Banken geprüft und auch die Entwicklungen auf EU-Ebene berücksichtigt werden sollen. Sollte diese Evaluierung zum Ergebnis kommen, dass es Probleme bei der Eigenkapitalbildung gibt, gehe ich davon aus, dass die Politik ihre Schlüsse daraus ziehen wird. Ich möchte aber auch daran erinnern, dass wir vor Einführung der Bankenabgabe die Oesterreichische Nationalbank um ein Gutachten über die möglichen Auswirkungen ersucht haben. Dieses Gutachten kam zum Schluss, dass die Abgabe gesamtwirtschaftlich nur eine geringe Größenordnung hat und somit mit keinen oder nur geringfügigen negativen Auswirkungen zu rechnen ist.

Sollte es zu einer gesamteuropäischen Bankenabgabe zum Aufbau von Risikofonds kommen: Wird dann nach Ansicht der Bundesregierung die bestehende Bankenabgabe für diese Zwecke verwendet und gleichsam umgewidmet, oder muss die heimische Kreditwirtschaft unter diesem Titel zusätzliche Belastungen befürchten?

Ich sehe derzeit nicht, dass es zu einer solchen gesamteuropäischen Abgabe mit einer bestimmten Zweckbindung kommt. Wir haben das Thema mehrfach im Ecofin diskutiert; die überwiegende Anzahl der Staaten war

MEINE MEINUNG

Die rote Karte

Michael Ikrath
Generalsekretär des Sparkassenverbandes

Die Turbulenzen glichen einer Rebellion: In der Tendenz nicht unerwartet, im Ausmaß jedoch völlig überraschend haben die Finanzmärkte rund um den Erdball ein sommerliches Erdbeben erlebt. Auch wenn sich die Wachstumsprognosen gegen Jahresmitte verflacht hatten, mit wirtschaftlichen Fundamentaldaten ist die Talfahrt an den Weltbörsen nicht zu erklären. Nein, das war ein globales Warnsignal an die öffentlichen Haushalte, die nicht nur in Griechenland aus den Rudern gelaufen sind. Die Investoren wollen nicht mehr akzeptieren, dass seit Jahr und Tag viele Regierungen den Konsolidierungskurs zwar ankündigen, aber nicht umsetzen.
Erschwerend kam hinzu, dass die Politik selbst in den USA rund um die Vermeidung der Zahlungsunfähigkeit des Landes ein deplorables Bild bot. Erstmals seit vielen Jahren war den Parteien die Absteckung der strategischen Positionen für den Präsidentschaftswahlkampf im kommenden Jahr wichtiger als die Reputation der führenden Wirtschaftsmacht des Westens. Deren globale Vernetzung schließt nationale, auf ein Land beschränkte Reaktionen mittlerweile aus. Verunsicherung und Vertrauensverlust sind – daran müssen wir uns gewöhnen –, globale Phänomene, wenn auch nur vergleichsweise kleine Länder die Staatsfinanzen nicht mehr im Griff haben. Geschweige denn die Vereinigten Staaten …

Bleibt die Hoffnung, dass die Regierenden die Signale verstanden haben. Was offensichtlich in vielen Ländern innenpolitisch nicht mehr gelingt, das muss jetzt gleichsam von außen implantiert werden. Nämlich das Bewusstsein, dass die internationalen Finanzmärkte Verschuldungsgrade, die einer Volkswirtschaft übersteigen, nicht mehr reaktionslos akzeptieren.
Österreich steht vergleichsweise besser da: Die Schuldenquote liegt bei rund 75 Prozent des BIP, und die Wachstumsraten liegen deutlich über dem Durchschnitt des Euro-Raums. Dennoch sind wir nicht verschont geblieben, weil der Vertrauensverlust bei den Investoren aus den geschilderten Gründen selbst die realwirtschaftliche Stärke von dynamisch wachsenden und international wettbewerbsfähigen Unternehmen ausblendet.
Wir in den Sparkassen müssen und werden auch alles tun, um die Wachstumspotentiale der Realwirtschaft weiterhin zu lukrieren. Doch das bliebe nur Stückwerk, wenn die öffentliche Hand auch hierzulande das Warnsignal der Finanzmärkte nicht ernst nähme.

Viel Zeit, die Zeichen richtig zu interpretieren, bleibt den Amerikanern wie den Europäern nicht mehr.

BAUEN & WOHNEN

Aktiv gegen die Wohnbaulücke

s Wohnbaubank bietet ideales Instrument für Vorsorge.

Seite 3

GEMEINWOHL

Bildung gegen Armut

Der KomenskýFond von ERSTE Stiftung und Caritas

Seite 5

EUROPA

Wie europäisch wird Regelwerk Basel III?

Michel Barnier legte Pläne zur Umsetzung vor.

Seite 7

Postentgelt bar bezahlt. Erscheinungsort Wien | Verlagspostamt Wien 1030 | Zig. Nr. GZ 02 Z 031269 M

SPARKASSEN NEWS

Carinthischer Sommer

Die Unterstützung des Carinthischen Sommers hat für die Privatstiftung der Kärntner Sparkasse schon Tradition. Heuer gingen 42 Einzelveranstaltungen über die Bühne.

Beim Solistenkonzert von Shira Epstein und Christine David in Ossiach kamen 150 Besucher in den Genuss einer tollen Darbietung. Im Bild: Intendant Thomas Daniel Schlee, Shira Epstein (Violine), Christine David (Klavier) und Diethard Theuermann, Marketingleiter der Kärntner Sparkasse

Vortrag „Die Personalfalle“

Jörg Knoblauch, gefragter Experte für das Thema „Die besten Mitarbeiter finden und halten“, referierte in Schwaz auf Einladung der Sparkasse. Knoblauch zeigte auf, was passiert, wenn Personalabteilungen ausschließlich sich selbst verwalten und Chefs im Kampf um Talente kopflos agieren. Die Falle, vor der er warnt, funktioniert so: Prozesse, Liquidität und IT-Einsatz sind optimiert – um gute Mitarbeiter kümmert sich keiner. „Sie werden staunen, welche Potentiale freigesetzt werden, wenn Mitarbeiter zu Mitunternehmern werden“, begeisterte Knoblauch das Publikum.

VDir. Peter Erler, Prof. Jörg Knoblauch, VDir. Harald Wanke und Stefan Bletzacher von der Wirtschaftskammer Schwaz

Sonne ohne Reue: Doppelt gewinnen

Die Österreichische Krebshilfe informiert seit fast 20 Jahren über den richtigen Umgang mit der Sonne. Die Vorsorgekampagne „Sonne ohne Reue“ ist mittlerweile das Markenzeichen für Hautkrebsaufklärung und -vorsorge geworden und wird heuer von den Vorarlberger Sparkassen erstmals unterstützt.
Eines der wesentlichsten Anliegen ist dabei der Sonnenschutz für Kinder. Trainerinnen der Krebshilfe Vorarlberg übten daher mit Volksschülern den richtigen Umgang mit der Sonne. Bei einem „Sonnen-Kreuzworträtsel“ konnten die Kinder das Gelernte abtesten. Dabei gab es unter anderem einen Familieneintritt ins Ravensburger Spieleland zu gewinnen.

Jugendbetreuer Marcel Luger von der Dornbirner Sparkasse mit der Gewinnerin Lena Casanova

700 Kunden für die Zweite Sparkasse in Kärnten

Die Zweite Sparkasse hilft Menschen, die unter normalen Umständen kein Bankkonto mehr bekommen würden. In Kärnten betreibt das Institut mit Klagenfurt und Villach mittlerweile zwei Standorte. Derzeit hat die Zweite Sparkasse bereits 700 Kunden, die von 30 Mitarbeitern der Kärntner Sparkasse ehrenamtlich betreut werden.

der Meinung, dass es dem nationalen Gesetzgeber vorbehalten sein muss, über die Verwendung von Abgabenerträgen zu entscheiden.
Insgesamt gilt aber meine Aussage von vorhin: Wir müssen die kommenden Belastungen, sei es Basel III, sei es die neue Finanzierung der Einlagensicherung oder allfälliger Hilfsfonds, in die Überprüfung der Stabilitätsabgabe einfließen lassen.

Wie beurteilen Sie den gegenwärtigen Stand der Verhandlungen rund um Basel III und welche Auswirkungen für die Unternehmensfinanzierung erwarten Sie?
Grundsätzlich trägt Basel III zur Stabilität der Finanzmärkte bei, wobei ich vor allem die neuen Liquiditätsregelungen für die Kreditwirtschaft als Herausforderung sehe.
Die Zielsetzung Österreichs ist in diesem Zusammenhang die Berücksichtigung österreichischer Spezifika, die sich auch in der Krise bewährt haben. Dafür haben wir uns bislang eingesetzt, dafür werden wir uns weiter einsetzen.
Wir brauchen in Österreich wettbewerbsfähige Kreditinstitute, das ist der beste Beitrag zur Verhinderung einer Kreditverknappung!

Sie haben bei der Präsentation des Jahreswirtschaftsberichts 2011 in der Wiener Hofburg vor kurzem betont, bei den zusätzlichen Ansprüchen an den Staatshaushalt könne es kein „Wünsch Dir was!“ geben. Haben Sie den Eindruck, dass Ihre Ressortkollegen diese klare Ansage auch verinnerlicht haben?
Bisher ja. Aber das kann sich im Rahmen der politischen Dynamik schnell wieder ändern. Als Finanzministerin muss ich in dieser Hinsicht immer wachsam bleiben und auf Sparsamkeit drängen.

Die laufenden Einnahmen des Bundes liegen – konjunkturbedingt – über den Erwartungen, die dem Budgetentwurf zugrunde lagen. Welche politischen bzw. kommunikativen Maßnahmen planen Sie, um diese Mehreinnahmen für die Senkung der Netto-Neuverschuldung des Bundes im laufenden Budgetjahr tatsächlich verwenden zu können?
Ich glaube, es ist allen relativ klar, dass ein Defizit jenseits der 3 Prozent noch kein Grund ist, in Euphorie zu verfallen – auch wenn das Defizit wohl etwas niedriger ausfallen dürfte als die 3,9 Prozent, mit denen wir ursprünglich gerechnet haben.

Seit der parlamentarischen Beschlussfassung über eine Kursgewinnbesteuerung bei Wertpapieren haben sich die Umsätze an der Wiener Börse um bis zu 40 Prozent verringert. Macht Ihnen das im Hinblick auf den internationalen Finanzplatz Österreich Sorgen?
Dass die Kursgewinnsteuer nicht mein Wunschkind war, ist allseits bekannt. Wir haben immer auf die möglichen Risiken hingewiesen. Wir müssen aber politische Realitäten und Mehrheitsverhältnisse zur Kenntnis nehmen. Allerdings sei auch dahingestellt, ob die Umsatzrückgänge an der Wiener Börse einzig und allein auf diese Wertpapier-KESt zurückzuführen sind, die ja noch nicht einmal in Kraft ist. Börsen sind insgesamt mit vielen Herausforderungen, etwa alternativen Handelsplattformen, konfrontiert.

Welche Maßnahmen planen Sie, um das heimische Börsegeschehen zu beleben und die Ängste der Wertpapiersparer abzubauen?
Wir haben ein Vertrauenspaket für den Kapitalmarkt in Vorbereitung. Da geht es um bessere Informationspflichten und mehr Kompetenzen für die Finanzmarktaufsicht. Aber die Ängste der Wertpapiersparer haben wohl mehr mit dem derzeitigen Marktumfeld zu tun. Das kann die Politik kaum beeinflussen.

Können Sie die Argumentation der Sparkassen nachvollziehen, dass es sich bei der Kursgewinnbesteuerung um eine Substanzsteuer handelt, weil der aktuelle Aktienkurs jeweils den aktuellen Substanzwert eines Unternehmens widerspiegelt?
Steuertechnisch kann ich das nicht nachvollziehen, weil ja nicht die Substanz besteuert wird, sondern der Veräußerungsgewinn. Es muss also eine Veräußerung mit Gewinn geben, damit überhaupt eine Steuerpflicht entsteht. Würde die Steuer auch ohne Veräußerung auf den Wert der Aktie eingehoben, dann könnte ich die Argumentation verstehen.

Sie haben im Juli die Steuerbegünstigung für sogenannte Golden Handshakes beim vorzeitigen Übergang in den Ruhestand in Frage gestellt und damit aus Expertenkreisen breite Zustimmung geerntet. Meinen Sie mit Ihrem Vorstoß nur die Sonderabfertigungen, die im Rahmen eines „Sozialplans“ ausgehandelt werden, oder geht es Ihnen auch um die drei Monate Abfertigung, die – über den gesetzlichen Anspruch hinaus – mit dem begünstigten Steuersatz von 6 Prozent versteuert werden können?
Der Sozialplan steht bei mir nicht im Fokus. Ich will jedoch steuerliche Anreize für den Zugang zur Frühpension abschaffen. Da spielt sicher die freiwillige Abfertigung, die zusätzlich zum gesetzlichen Anspruch in Form eines „Golden Handshakes“ vor dem Gang in die Frühpension ausgezahlt wird, eine wesentliche Rolle. Die Abschaffung der Steuerbegünstigung für gesetzliche Abfertigungsansprüche steht für mich hingegen nicht zur Diskussion.

Ab welchem Zeitpunkt halten Sie eine Steuerreform, die zu einer spürbaren Entlastung etwa bei der Lohn- bzw. Einkommensteuer führen soll, im Hinblick auf die aktuelle Situation der Staatsfinanzen für fiskalpolitisch vertretbar?
Eine Steuerreform mit Entlastungseffekten halte ich erst dann für vertretbar, wenn wir uns durch Sparsamkeit den budgetären Spielraum dafür erarbeitet haben. Andernfalls würde eine großangelegte Entlastung zwangsläufig direkt in das nächste Sparpaket führen.

Sie haben sich mehrfach gegen die Wiedereinführung einer Vermögensteuer ausgesprochen. Mit welchem Argumentarium wollen Sie den einschlägigen Vorstoß des Koalitionspartners parieren?
Es gibt keinen einzigen Steuerexperten, der sich für die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, wie es sie vor 1993 gegeben hat, ausspricht. Es gibt in Wahrheit unzählige Argumente, die dagegen sprechen. Ich nenne hier nur stellvertretend eines: Wenn ich ohnehin die Erträge aus Vermögen mit bis zu 50 Prozent besteuere, worin liegt die Logik oder die Gerechtigkeit, zusätzlich auch noch die Substanz zu besteuern? Auch die Steuer auf die Substanz muss ja aus den

„Ich glaube, es ist allen relativ klar, dass ein Defizit jenseits der 3 Prozent noch kein Grund ist, in Euphorie zu verfallen.“

Erträgen abgedeckt werden können, sonst läuft das auf eine Enteignung hinaus. Oder sind großangelegte Enteignungen in Wahrheit das, was einigen marxistischen Träumern in der SPÖ vorschwebt? Diese Frage muss man stellen.

Ist für Sie etwa eine Anhebung der Grundsteuern als politischer Kompromiss in der Vermögensteuerfrage vorstellbar?
Was für ein Kompromiss sollte das sein? Die SPÖ will ja angeblich die Reichen besteuern. Eine Anhebung der Grundsteuer trifft aber nicht die Reichen, sondern jeden, der einen Wohnsitz hat – sei es direkt über die Steuer, wenn er Eigentümer ist, oder indirekt über die Betriebskosten, wenn er Mieter ist. Welches Argument gibt es für eine zusätzliche Belastung dieser großen Personengruppe?

Was halten Sie von den international immer wieder vorgebrachten Vorstößen für eine Flat Tax wie jenem des deutschen Professors Kirchhof?
Kirchhof hat mit seinem „Bundessteuergesetzbuch“ ein extrem ambitioniertes Werk vorgelegt. Er will aus rund 33.000 Steuerparagraphen in Deutschland nur 146 machen. Würde man das auf Österreich umlegen, dann hätte das Einkommensteuergesetz nur noch einen einzigen Paragraphen. Das zeigt, wie kompliziert das Steuerrecht in unserem Nachbarland sein muss. Aber die Stoßrichtung stimmt absolut. Es ist auch mein Ziel, das Steuersystem nach den Grundsätzen „weniger, einfacher, leistungsgerechter“ umzugestalten. Da kann eine Flat Tax durchaus ein Weg sein. Es gibt jedenfalls keine Denkverbote.

Wie sehen Sie die jetzige Situation im Zusammenhang mit Griechenland? Reicht das, was die Regierungschefs vor kurzem beschlossen haben, oder muss man mit weiteren Unterstützungspaketen rechnen?
Die Beschlüsse der Regierungschefs sind sicherlich positiv zu bewerten – vieles von dem, was in diesem Zusammenhang beschlossen wurde, haben ja die Finanzminister bereits vorgeschlagen: etwa mehr Flexibilität für den europäischen Haftungsschirm EFSF. Jetzt geht es vor allem um zwei Dinge: Wir müssen die Ansteckung anderer Volkswirtschaften unter allen Umständen verhindern, und wir müssen auch weiterhin darauf achten, dass Griechenland sein Konsolidierungsprogramm auf Punkt und Beistrich umsetzt. Wenn uns das gelingt, gibt es keinen Grund für weitere Unterstützungspakete.

Das Gespräch führte Milan Frühbauer.

Aktiv gegen die Wohnbaulücke

s Wohnbaubank bietet ideales Instrument für Vorsorge

In dem für Kapitalmarktprodukte derzeit sehr schwierigen Umfeld behauptet das österreichische Wohnbaubankensystem seine herausragende Stellung als sichere Form der Förderung von leistbarem Wohnraum in Österreich. Neben der direkten Wohnbauförderung benötigt die österreichische Wohnungswirtschaft langfristige, zinsstabile Finanzierungsmittel für den mehrgeschoßigen Wohnbau. Die Wohnbaulücke muss aktiv bekämpft werden.

Josef Schmidinger: „Das preisdämpfende Wohnbaubankensystem ist essentiell, um die Mieten für die Bewohner leistbar zu halten."

In Zeiten knapper werdender Budgetmittel für den Wohnbau und die Wohnbauförderung gewinnen Spezialinstitute, die zur Stabilisierung der Wohnungskosten und damit zur Sicherung leistbaren Wohnraums beitragen, an Bedeutung. Mit der s Wohnbauträger Gmbh, einer 99,5-prozentigen Tochter der s Wohnbaubank, gelingt es bereits sehr erfolgreich, den erforderlichen Eigenmittelanteil der Wohnungswerber zu senken und die Anschaffungskosten geringer zu halten. Die s Wohnbauträger erwirbt das Grundstück, bleibt in Folge auch Eigentümer und stellt das Grundstück über einen Baurechtsvertrag dem Bauträger zur Verfügung. Die s Wohnbaubank kann daneben auch noch günstige Finanzierungsmittel für den Bau der Wohnungen bereitstellen.

„Gerade in Zeiten unsicherer Wirtschaftsparameter brauchen Wohnungssuchende und Wohnungsmieter stabile Verhältnisse. Hier ist das preisdämpfende Wohnbaubankensystem essentiell, um die Mieten für die Bewohner leistbar zu halten", betont Josef Schmidinger, Vorstand der s Wohnbaubank, die stabilisierende Wirkung dieser Form von Immobilienfinanzierung.

Die s Wohnbaubank hat ihre Anleihen zum überwiegenden Teil durch Ausleihungen an gemeinnützige Bauträger überdeckt. Das Institut hält mehr als 1.000 Wohnungen im Eigentum. Hinter ihren Ausleihungen stehen mehr als 50.000 vermietete Wohneinheiten mit einer Durchschnittsmiete von bis zu 5 Euro pro m², was deutlich unter den Marktpreisen liegt. Den Bewohnern wird somit langfristig günstiges Wohnen und der Wohnbaubank die Rückführung der Finanzierung garantiert. Dadurch hat die s Wohnbaubank in ihrem 15-jährigen Bestehen noch nie einen Euro abschreiben müssen.

s Wohnbauanleihe mit Monatsbonus

In den ersten sechs Monaten dieses Jahres erreichte die s Wohnbaubank insgesamt ein Emissionsvolumen von 97 Mio. Euro, was einem Plus von 27,6 Prozent gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres entspricht. Insgesamt befinden sich derzeit 2.025 Mio. Euro (+3,8 Prozent gegenüber Jahresende 2010) an s Wohnbauanleihen im Umlauf. Bei den Anlegern besonders beliebt sind im heurigen Jahr die fix verzinsten Tranchen mit Monatsbonus, auf die bis Ende Juni beachtliche 93 Prozent aller neu emittierten Wohnbauanleihen entfielen. „Diese Emissionen sind besonders gut zur Pensionsvorsorge geeignet", unterstreicht Josef Schmidinger die gute Produktidee. „So kann man die Abfertigung kapitalgesichert anlegen und gleichzeitig einen monatlichen Zusatz zum Haushaltsbudget lukrieren."

Die s Wohnbaubank begibt zwei unterschiedliche Monatsbonus s Wohnbauanleihen mit einer Verzinsung von 3,6 und 3,3 Prozent p. a., die sich durch den jeweiligen Tageskurs unterscheiden.

Weiters befindet sich noch eine an den Euribor gebundene s Wohnbauanleihe im Produktportfolio. Sie ist mit einer Anfangsverzinsung von 1,5 Prozent (Äquivalenzrendite* 2,0 Prozent vor KESt) für die ersten 20 Monate ausgestattet und hat eine Laufzeit von elf Jahren.

Die Bilanzsumme stieg von 2.360 Mio. Euro Ende des vergangenen Jahres im ersten Halbjahr 2011 auf nunmehr 2.380 Mio. Euro.

Geschäftspolitisches Ziel der s Wohnbaubank ist es, die aufgebrachten Mittel den gemeinnützigen Bauvereinigungen in Form von zinsstabilen, langfristigen Finanzierungsmitteln zur Verfügung zu stellen. Umso wichtiger ist es, dass die österreichischen Wohnbaubanken ausreichend Mittel aufbringen können. Der Ausleihungsbestand der s Wohnbaubank beläuft sich Ende Juni auf insgesamt 2.141 Mio. Euro, was einem Plus von 1,8 Prozent gegenüber Dezember 2009 entspricht.

Ideale Vorsorge für das Alter

Wohnbauanleihen sind besonders gut zur Zukunftssicherung im Alter geeignet: Mit ihren durch die KESt-Befreiung attraktiven Renditen bieten sie derzeit eine ausgezeichnete Möglichkeit, Vermögen zur späteren Verwendung aufzubauen. Im Rahmen der Grenzen für Sonderausgaben ist ein Viertel der Ausgaben für den Ersterwerb von Wohnbauanleihen absetzbar. Neben der Befreiung von der Kapitalertragssteuer bis zu 4 Prozent kann dadurch eine noch höhere Rendite erwirtschaftet werden. Die s Wohnbaubank garantiert das gesamte Kapital einer Wohnbauanleihe zum Tilgungszeitpunkt. Ein vorzeitiger Verkauf im Sekundärmarkt ist grundsätzlich möglich, hier hängt der Rückkaufkurs von der Kapitalmarktentwicklung und somit von der jeweiligen Nachfrage im Markt ab. Es ist jedoch während der Laufzeit mit stärkeren Kursschwankungen zu rechnen.

Aufgrund der Diskussion über Staatsanleihen ist die hinter den Wohnbauanleihen liegende Sicherheit aus hypothekarisch besicherten Darlehen spürbar in den Fokus gerückt. Mit einer Loan-to-Deposite-Ratio von 101,0 Prozent weist die s Wohnbaubank auch hier eine solide Überdeckung auf.

* Herkömmliche Anleihenrenditen unterliegen der KESt, während für Wohnbauanleihen bis zu einer Rendite von 4 Prozent keine gesetzliche Steuerpflicht besteht. Eine herkömmliche Anleihe müsste daher die ausgewiesene Rendite bieten, um mit der entsprechenden Wohnbauanleihe vergleichbar zu sein.

EINBLICK

Standortpolitik, was sonst?

Milan Frühbauer

Bei Kursverlusten von 25 Prozent für hochprofitable und mit prall gefüllten Auftragsbüchern ausgestattete Industriewerte können schon Zweifel aufkommen: Zählt der realwirtschaftliche Erfolg in Zeiten der weltweiten Börsepanik überhaupt nichts mehr? Sind die Halbjahresberichte über die Ertragsentwicklung, den Orderstand, die Forschungsquote oder die Exportquote im Ernstfall wirklich Makulatur? Es klingt wie Hohn: Just an dem Tag, an dem in Österreich die Außenhandelsdaten für die ersten fünf Monate dieses Jahres mit einem Exportwachstum von 20 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum publiziert wurden, begann die steile Talfahrt des ATX. Beim DAX wiederum führte am Tag mit den heftigsten Kursverlusten just die BMW-Aktie die Flop-Liste an. Am Vortag jedoch hatten die Autobauer aus Bayern die besten Absatzergebnisse in der Unternehmensgeschichte bekanntgegeben.

Beruhigende Worte helfen nur kurz

Das Phänomen ist nicht neu. Bei weltweiter Verunsicherung der Aktienmärkte neigen nicht wenige Investoren zur krassen Übertreibung und verkaufen entgegen der realwirtschaftlichen Ratio. Ohne Zweifel beschleunigt die praktisch weltweite Transparenz der Kapitalmärkte mit dem elektronischen Modus „real time" solche Irrationalitäten.
Aber es nützt nichts: Beruhigende Worte der EZB oder aus der FED bringen nur kurzfristig Entspannung. Die mittelfristige Wiederherstellung von Vertrauen braucht zwei grundlegende Strategien. Die ernstgemeinte Konsolidierung der öffentlichen Haushalte und eine beinharte Politik der Nutzung aller sich bietenden Wachstumsimpulse.
Viele fürchten, das eine schließe praktisch das andere aus. Denn Budgetsanierung ist in der Regel mit Minderausgaben der öffentlichen Hand verbunden, was zweifellos wachstumsdämpfende Effekte hat.

Umso wichtiger ist die Forcierung der einzelwirtschaftlichen und somit der gesamtökonomischen Wettbewerbsfähigkeit.
Früher nannte man das gezielte „Strukturpolitik", mittlerweile firmiert dieses Konzept unter dem Kürzel „Standortpolitik":
Was nach komplexem Instrumentarium klingt, das ist im Grunde ein ganz trivialer Zusammenhang.
Solange es keine einheitliche europäische Steuer- , Abgaben- und Sozialpolitik gibt, wird den einzelnen Ländern die Basisverantwortung für das eigene wirtschaftliche Wohlergehen niemand abnehmen können.
Das ist ja Kern des Dilemmas: Während auf den Finanzmärkten die globale Integration längst vollzogen ist, muss jedes Land an den realwirtschaftlichen Stellschrauben selbst Hand anlegen und dabei auch noch Fingerspitzengefühl beweisen.
Man mag das als Floriani-Prinzip diskreditieren, Faktum ist, dass die internationale Wettbewerbsfähigkeit und somit die Konjunkturen noch immer stark hausgemacht sind.

Vieles ist noch hausgemacht

Natürlich ist ein kleines Land wie Österreich – immerhin macht die Exportquote im weiteren Sinne rund 60 Prozent des BIP aus – vom globalen Konjunkturverlauf stark abhängig. Aber die Forschungsquote, die Qualität der Ausbildung, die Rahmenbedingungen für Investoren, die Lohnpolitik, die Fiskalpolitik und die Branchenstruktur der Wirtschaft entscheiden sich im Inland.
Die Gesetze des EU-Binnenmarktes gelten für den Absatz, jedoch keineswegs im selben Ausmaß für die entscheidenden Parameter eines attraktiven Wirtschaftsstandortes.
Österreich muss jetzt alle Kräfte mobilisieren, um die bessere Wachstumsposition im Euro-Raum zu erhalten und a suszubauen. Das ist zentrales Thema für die herbstliche Agenda. Die Bundeshymne wird ja bis dahin abzuhaken sein, oder?

Milan Frühbauer ist Wirtschaftsjournalist. Der ehemalige Chefredakteur der Zeitschrift „industrie" ist wirtschafts- und medienpolitischer Kommentator der Fachmedien des Manstein Verlags und Chefredakteur der Österreichischen Sparkassenzeitung.

SPARKASSEN NEWS

Übernahme der Intermarket Bank fixiert

Die Erste Bank Oesterreich hat nun einen Anteil von 88,6 Prozent an der Intermarket Bank übernommen. Die übrigen Aktionäre sind die Steiermärkische Sparkasse (7,0 Prozent) und die Kärntner Sparkasse (4,4 Prozent). Die Intermarket ist mit einem Forderungsvolumen von 3,6 Mrd. Euro Österreichs größte Factorbank. Beim „Factoring“ werden kurzfristige Kundenforderungen von Unternehmen zwischenfinanziert. Häufig übernimmt eine Factorbank auch das Ausfallsrisiko für den Lieferanten.

„Kultur im Turm“

Die Kärntner Sparkasse fördert aus den Mitteln der Privatstiftung Kärntner Sparkasse die Veranstaltungsreihe „Kultur im Turm“ in Winklern. Diese findet bereits das achte Jahr in Folge im Mautturm von Winklern statt. Die in Oberkärnten einzigartige Kulturserie wird von Hans Sutter und seiner Frau Gerhild mit großem Engagement geführt.

Besonders der Jugend wird die Möglichkeit geboten, im bis zu 80 Personen fassenden Dachgeschoß des Mautturms musikalisch aufzutreten. Hier wird ein Stück Volkskultur gelebt, das von Prosa über Lyrik bis hin zu modernen Klängen oder sogar südamerikanischer Gitarrenmusik reicht.

Helmut Fercher, Leiter der Kärntner Sparkasse Winklern, sowie Hans und Gerhild Sutter freuen sich über die Kulturförderung.

Neuer Trendsport Aquazorbing

Die Sparkasse Waldviertel-Mitte brachte die neue Trendsportart „Aquazorbing“ ins ZwettlBad. Die Teilnehmer können sich dabei in zwei Meter großen durchsichtigen Bällen auf dem Wasser bewegen, ohne nass zu werden. Am Beckenrand steigt man in den Ball, der danach aufgepumpt und verschlossen wird.

Die Mitglieder des Sparerfoh-Clubs sowie spark7 Premium-Members freuten sich über den von der Sparkasse finanzierten freien Eintritt.

Busfahrt ins Freizeitabenteuer

Für abenteuerhungrige Jugendliche organisierten die Vorarlberger Sparkassen eine vergünstigte Busfahrt in den Europa-Park in Rust in Deutschland. Der Europa-Park ist Deutschlands größter Freizeitpark und bietet über 100 Attraktionen, Shows und Sensationen, die zur Entdeckung einladen. Von der größten Achterbahn Europas über den „Silver-Star“, eine Reise durchs Weltall mit Eurosat, Fjord-Rafting im tosenden skandinavischen Wildbach und die Wasserachterbahn „Poseidon“ bis hin zu Loopings im Blue Fire Megacoaster.

Jüngere Manager verdrängen Gefahr der Pensionslücke

VBV Pensionskasse rät zur Eigeninitiative

Otto Lauer)*

„Jüngere Führungskräfte kümmern sich zu wenig um die eigene Zukunft und vergessen auf ergänzende Pensionsvorsorge über die Firma“, lässt Otto Lauer, Pensionsexperte der VBV, mit warnenden Hinweisen aufhorchen. Die heute über 60-jährigen Manager waren da meist cleverer. Vergleicht man die Pensionsvorsorge der jüngeren Führungskräfte mit jener der „Altmanager“, so steigen die Jungen schlecht aus. Dafür gibt es mehrere Gründe: Die gegenwärtig 35- bis 50-jährigen Manager werden einmal eine deutlich niedrigeren ASVG-Pension erhalten. Nichtanrechnung von Studienzeiten, längere Durchrechnungszeiträume und Abschläge bei vorzeitigem Pensionsantritt verringern die staatliche Pension um rund 30 Prozent.

Aber auch bei den Firmenpensionen haben die „Altmanager“ meist besser verhandelt. So ist es nicht selten, dass der im Unternehmen nachfolgende Geschäftsführer eine deutlich niedrigere Pensionszusage erhält als sein in Pension gehender Vorgänger.

Besonders alarmierend sind die Vorsorgedefizite bei Führungskräften im KMU-Bereich. Entweder gibt es überhaupt keine Firmenpensionen oder die Beiträge reichen nicht für die Schließung der Pensionslücke. Diese Lücke ist durchaus gravierend. Die Initiative müssen die Führungskräfte aber selbst ergreifen, betont Otto Lauer. Laut WDF-Studie haben rund 50 Prozent eine Pensionszusage in ihrem Unternehmen ausgehandelt und nutzen damit die Vorteile von Firmenpensionen:

– Die Beiträge werden zur Gänze als Betriebsausgaben anerkannt,

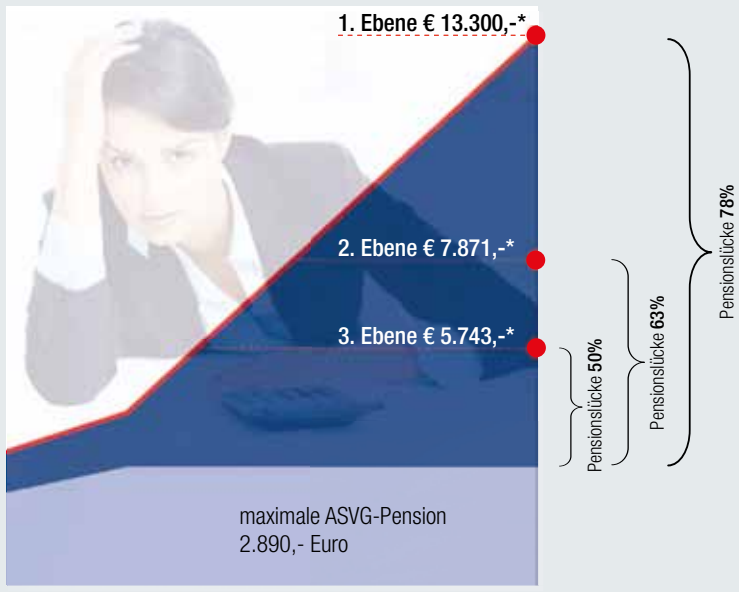
– sind von Lohnsteuer- und Sozialversicherungsabgaben befreit, und die Veranlagungserträge sind steuerfrei.

– Die Versteuerung verschiebt sich in die Pension, in der die Steuerbelastung deutlich geringer ist als in der Aktivphase.

Wer den Nutzen optimieren will, deckt weitere Risken über die Firma. So kann etwa mit einem Spezialmodell der VBV Pensionskasse – der VBV-Managerpension – auch erhöhter Hinterbliebenenschutz für den Partner über Betriebsausgaben finanziert werden. Auch eine für Manager adäquate Vorsorge für Berufsunfähigkeit kann in das Modell integriert werden. Wichtig ist, sich rechtzeitig um eine Firmenpension zu kümmern. Denn wer zu spät daran denkt, kann in der verbleibenden Aktivzeit die Lücke kaum mehr schließen.

**) Otto Lauer ist Pensionsexperte der VBV.*

Pensionslücke der Führungskräfte



*monatliches Durchschnittseinkommen nach Führungsebenen
Quelle: WdF-Einkommensstudie 2011

Kundenzustrom eindämmen, Stammkunden verlieren!

Jugendliche sind Kernzielgruppe der Zweite Sparkasse

Was für eine normale Sparkasse nach Katastrophe klingt, ist für die Zweite Sparkasse das Kernziel. Erfolgreich ist die Zweite Sparkasse nämlich dann, wenn ihre Klientel ihre Dienste nicht mehr nötig hat.

Schuldenprävention heißt das Zauberwort, also der richtige Umgang mit Geld. Das besondere Augenmerk der Zweite Sparkasse liegt in den fünf Jahren ihres Bestehens deshalb besonders auf Jugendlichen, weil diese besonders gefährdet sind, in die Schuldenfalle zu tappen.

Die erste Lehrlingsentschädigung, das erste selbstverdiente Geld. Was nach Freiheit klingt, endet viel zu oft in einer Zwangslage. Die Zahlen der Schuldnerberatung Wien, mit der die Zweite Sparkasse eng kooperiert, besagen, dass die ersten Schulden vielfach schon gemacht werden, bevor die Betroffenen 20 Jahre alt sind. Ein Großteil der Menschen, die auf die Schuldnerberatung angewiesen sind, haben einen Pflichtschul- oder Berufsschulabschluss.

In den fünf Jahren seit der Gründung der Zweite Sparkasse haben 75 Workshops mit etwa 450 Jugendlichen stattgefunden, was bei ca. 8.000 Kunden eine beachtliche Zahl ist. Diese Workshops fanden und finden in Kooperation mit Jugend am Werk, BikuTreff und Wien Work statt. Jugend am Werk ist eine Organisation, die sich Jugendlichen und benachteiligten Menschen widmet und dabei hilft, diese in die Selbständigkeit zu führen. Der BIKU-Treff widmet sich der sozialen und beruflichen Integration von Menschen mit psychosozialem Förderbedarf. Wien Work bietet für Jugendliche mit Lern- und Leistungsdefiziten Starthilfe in das Berufsleben an.

Wie man mit Geld umgeht

Eines der Projekte der Zweite Sparkasse, „I €AN“, wurde 2011 mit dem Preis SozialMarie für soziale Innovation ausgezeichnet. Bei diesem Projekt werden Workshops für Jugendliche zwischen 15 und 19 Jahren im ersten oder zweiten Lehrjahr durchgeführt. Über mehrere Monate hindurch beschäftigen sich die von „Jugend am Werk“ betreuten Lehrlinge intensiv damit, wie man mit Geld richtig umgeht. Konzipiert wurden diese Kurse gemeinsam mit der Schuldnerberatung Wien. Im ersten Schritt wird mit den Jugendlichen diskutiert, was im Leben Spaß macht, was für sie wichtig und erstrebenswert ist – und mit welchen Kosten die Erfüllung dieser Wünsche verbunden sind. Im zweiten Schritt wird ein Haushaltsplan erstellt und darüber nachgedacht, wie diese Wünsche in den nächsten zehn Jahren zu verwirklichen wären. Der dritte Schritt besteht darin, Stolpersteine und Schuldenfallen aufzuzeigen und zu lernen, wie man diese vermeidet bzw. mit diesen umgeht.

„I €AN“ wurde von den Jugendlichen sehr positiv aufgenommen. Die Reaktionen reichten von „guter Einstieg ins Thema“, „Die eigenen Probleme und Fragen werden ernst genommen“ bis zu „Fachbegriffe wurden gut erklärt“. Geplant ist deshalb, diese Aktivitäten auf weitere soziale Einrichtungen wie auch auf die Bundesländer, in denen die Zweite Sparkasse tätig ist, auszudehnen. -spa-

Weiterführende Informationen

www.zweitesparkasse.at
www.sozialmarie.org
www.jaw.at
www.bikutreff.at
www.wienwork.at
www.schuldnerberatung-wien.at/

Bildung gegen Armut

Der KomenskýFond von ERSTE Stiftung und Caritas

Bildung ist für den 2006 von ERSTE Stiftung und Caritas gegründeten KomenskýFond der wirkungsvollste Weg, Armut zu vermeiden bzw. wirksam zu bekämpfen.

© Foto: Walter Luttenberger

Seit dem Start des KomenskýFond können Jahr für Jahr mehr als 400 Erwachsenen sowie etwa 1.000 Kindern und Jugendlichen aus Mittel- und Osteuropa neue Perspektiven für Wege aus der Armut eröffnet werden.

Am Abend des 7. Juli 2011 gingen im Wölzertal in der Obersteiermark schwere Unwetter nieder. Der Wölzerbach trat über die Ufer und überflutete Straßen, Äcker, Keller und Häuser. Die Verwüstungen waren teilweise so schlimm, dass Häuser nicht mehr bewohnbar sind. Die Caritas koordinierte vor Ort die Hilfsmaßnahmen und konnte den betroffenen Familien diverse Hilfeleistungen anbieten. Eine davon: Finanzielle Unterstützung für den Schulbeginn im September. Für diese spezielle Hilfestellung konnte auf Mittel aus dem KomenskýFond zurückgegriffen werden. Das ist nur ein spezielles Beispiel für die Verwendung der Mittel aus diesem Fonds.

So hilft der Fonds

Der KomenskýFond ist eine Initiative von ERSTE Stiftung und Caritas. Er wurde geschaffen, um Menschen in schwierigen Situationen zu helfen, Bildungschancen wahrzunehmen, und um das Bewusstsein zu fördern, dass Bildung der wirkungsvollste Weg aus der Armut ist. Die Ziele des Fonds sind:

- konkreter Armutsgefährdung sozial benachteiligter Menschen erst gar nicht auftreten zu lassen, indem Bildungsmaßnahmen ermöglicht werden
- Lebensperspektiven durch Bildung zu verbessern
- einen Beitrag zum sozialen und ethnischen Zusammenhalt in Europa zu leisten und damit
- die soziale Kompetenz und das Miteinander verschiedener Ethnien zu fördern.

Im ersten Schritt werden konkrete Maßnahmen gesetzt, um die Lebens- und Lernbedingungen der Menschen zu verbessern. Im zweiten Schritt dient der Fonds als Plattform für den Erfahrungs- und Wissensaustausch der beteiligten Projektpartner. Der dritte Schritt soll dann darin liegen, dass die vom KomenskýFond betreuten Menschen selbst strukturelle und politische Veränderungen in ihrer Region initiieren und an diesen arbeiten. Christoph Petrik-Schweifer, Generalsekretär der Caritas Auslandshilfe: „Seit dem Start des KomenskýFond vor fünf Jahren können wir Jahr für Jahr mehr als 400 Erwachsenen sowie etwa 1.000 Kindern und Jugendlichen in der Slowakei, der Republik Moldau, der Ukraine, in Rumänien, Tschechien, Ungarn, Serbien, Kroatien und Österreich durch maßgeschneiderte Bildungsangebote neue Perspektiven für Wege aus der Armut eröffnen.“

„Armut ist nachhaltig nur durch bessere Bildung zu besiegen“, unterstrich auch Franz Küberl bei der Fachtagung des KomenskýFond am 4. Juli in Wien. Das gegenwärtige Bildungssystem verfehle den Anspruch, Armut zu brechen, da es die Chancengleichheit nicht gewährleiste, so der Caritas-Präsident.

In Österreich werden die Beratungs- und Unterstützungsmaßnahmen von den Sozial- und Migranten-Beratungsstellen der Caritas umgesetzt. Während sich die angebotenen Leistungen früher primär auf die Existenzsicherung armutsgefährdeter Haushalte beschränkten, können die Sozialberatungsstellen dank der Finanzierung durch den KomenskýFond auch Bildungsprojekte anbieten. Wird etwa während der Beratungsgespräche festgestellt, dass Kurse und Weiterbildung zur nachhaltigen Verbesserung der Situation der Betroffenen beitragen, wird die Finanzierung durch den KomenskýFond der ERSTE Stiftung übernommen.

Viele Klienten der Sozialberatungsstellen zeigen sich äußerst motiviert, ihre Chancen durch die Teilnahme an Bildungsprogrammen zu verbessern. Dank der Förderung durch den KomenskýFond der ERSTE Stiftung haben sie die Möglichkeit, Kurse zu besuchen und ihre Zukunfts- und Berufschancen wesentlich zu verbessern. Ein Teil der Fördermittel wird in Programme investiert, die es Menschen ermöglichen, bereits begonnene Ausbildungen abzuschließen.

Soziale Integration

Armutsgefährdete Familien können es sich oft nicht leisten, ihren Kindern die Teilnahme an Schulaktivitäten wie Projektwochen, Sprachkurse oder Skikurs zu ermöglichen. Gerade diese Aktivitäten fördern aber das Gemeinschaftsgefühl. Jene, die nicht mitmachen können, werden schnell als Außenseiter abgestempelt.

Ein weiterer Ansatzpunkt: Kinder, vor allem aus nicht deutschsprachigen Familien, die Förderung benötigen, um mit ihrer Klasse mithalten zu können. Dieser Förderunterricht wird oft längere Zeit beansprucht, was sich Familien mit mehreren Kindern und/oder Migrationshintergrund kaum leisten können. Hier kann die Caritas jetzt gezielt helfen.

„Ohne diese Kooperation mit der ERSTE Stiftung hätten wir unser Angebot in den Sozialberatungsstellen nicht um diesen wichtigen Bereich erweitern können“, betont Edda Böhm-Ingram, Leiterin des Sozialbereichs in der Caritas Salzburg: „Nun legen die Caritas-Sozialberater auf dieses Thema besonderes Augenmerk. Nach sorgfältiger Prüfung erhalten die Menschen dann aus dem KomenskyFond beispielsweise einen Zuschuss zum LKW-Führerschein oder Mittel für schulische Nachhilfe.“ -spa-

Komenský: Idee und Auftrag

Jan Amos Komenský wurde am 28. März 1592 in Südostmähren geboren und starb am 15. November 1670 in Amsterdam. Komenský war Philosoph, Theologe und Pädagoge. Im Mittelpunkt von Komenskýs Tun stand eine christlich-humanistische Lebensgestaltung. Ein philosophischer Grundsatz seiner Pädagogik lautet: „omnes omnia omnino texcoli“, das heißt: „Alle alles ganz zu lehren“. Als Lernprinzipien stellte er Lernen durch Tun, Anschauung vor sprachlicher Vermittlung, Muttersprache vor Fremdsprache, Beispiel (Vorbild) vor Worte.

In seinen didaktischen Werken forderte Komenský eine allgemeine Reform des Schulwesens mit einer Schulpflicht für Buben und Mädchen aller Stände mit einer einheitlichen Schulausbildung bis zum 12. Lebensjahr. Danach sollten die praktisch Begabten eine Lehre, die anderen weitere Schulbildung auf der Lateinschule, später an der Universität absolvieren. Revolutionär waren seine Forderungen nach Bildung via Anschaulichkeit und Strukturiertheit des Unterrichts, Bezug des Unterrichts zum Alltag und vielem mehr. Die ERSTE Stiftung sieht ihr Ziel in der Verwirklichung einer Europaidee, in der die Menschen frei und bereit sind, Verantwortung zu übernehmen und diese für das Gemeinwohl einzusetzen.

Die Caritas Österreich setzt sich in vielfältiger Weise für Menschen in Not im In- und Ausland ein und unterstützt Bildungsprojekte, etwa für langzeitarbeitslose Menschen bzw. Frauen in Notsituationen in Österreich, aber auch für benachteiligte Jugendliche in den ärmsten Länder Europas oder etwa Straßenkinder in Äthiopien, im Kongo und in Ägypten.

AUSBLICK

Aus der alten Mottenkiste

Christine Domforth

Finanzstaatssekretär Andreas Schieder weiß, was seine Parteigenossen hören wollen. Deshalb holte er kürzlich eine Uralt-Idee der Sozialdemokratie aus der politischen Mottenkiste. Die Höchstbeitragsgrundlage in der Kranken- und Unfallversicherung sei ungerecht und müsse deshalb abgeschafft werden. Derzeit liegt sie bei 4.200 Euro monatlich, für Beträge, die man darüber hinaus verdient, fallen keine weiteren Beiträge an. Unverändert bleiben soll die Höchstbeitragsgrundlage in der Pensionsversicherung. Erhöhte man diese oder schaffte sie sogar völlig ab, so brächte das zwar im Moment dem Staatssäckel ebenfalls Mehreinnahmen, dies hätte aber in Zukunft höhere Pensionszahlungen zur Folge.

Gegenwärtige Regelung ist nicht ungerecht

Auch wenn SPÖ und Gewerkschafter es gebetsmühlenartig immer wieder behaupten: Die gegenwärtige Regelung ist nicht ungerecht. Wer ein Einkommen in Höhe der Höchstbeitragsgrundlage hat, zahlt das Sechsfache jenes Betrags, den Kleinstverdiener berappen –und nimmt sicher nicht das Sechsfache an Leistungen in Anspruch. Damit subventionieren die Besserverdienenden in der Krankenversicherung schon jetzt die Bezieher kleiner Einkommen und ihre kostenlos mitversicherten Angehörigen in erheblichem Ausmaß. Hätten wir die schon seit ewigen Zeiten diskutierte, aber nie eingeführte Transparenzdatenbank, könnte man das exakt nachweisen. Nicht unerwähnt bleiben darf auch, dass die jährlichen Steigerungsraten der Höchstbeitragsgrundlage in den vergangenen Jahren teilweise deutlich über der jeweiligen Inflationsrate lagen.

Die Sozialdemokraten fahren seit einiger Zeit einen pointierten „Eat the Rich“-Kurs, die G’stopften“ sollen zahlen. Die Erhöhung der Kursgewinnsteuer passte hier ideologisch ebenso hinein wie die Forderung nach der Wiedereinführung von Erbschafts- und Vermögenssteuer oder jetzt eben nach Abschaffung der Höchstbeitragsgrundlage. Dabei treffen solche Maßnahmen nicht bloß die wenigen heimischen „Superreichen“ wie Wlaschek, Mateschitz & Co. Zur Kasse gebeten wird vielmehr der breite Mittelstand. Die Leistungsträger, die schon jetzt den Löwenanteil der Steuerlast zu tragen haben, werden zwar ab und zu in politischen Sonntagsreden hofiert, in der Realität aber sind sie längst zu den Melkkühen der Nation geworden. Österreichs Abgabenquote liegt aktuell bei 44,4 Prozent und damit höher als in Deutschland, Italien oder der gesamten EU und natürlich weit über jener unserer Nachbarländer Tschechien, Ungarn oder Slowakei. Selbst die Schweden, die lange den Ruf eines Hochsteuerlandes hatten, haben ihre Steuerbelastung in den vergangenen Jahren deutlich reduziert und liegen nur mehr knapp über dem österreichischen Niveau. Wer in diesem Umfeld hierzulande Steuern oder Sozialabgaben noch weiter erhöhen will, hat die Zeichen der Zeit ganz und gar nicht verstanden. Und er erweist dem Wirtschaftsstandort Österreich, der die Finanzkrise 2008/09 relativ gut bewältigt hat, jetzt aber erneut vor großen Herausforderungen steht, einen Bärendienst.

Endlich Sparpotentiale heben

Statt sich immer neue Belastungen für die Bürger auszudenken, sollte die Koalitionsregierung endlich darangehen, die Sparpotentiale zu heben, die nicht nur im Gesundheitswesen, sondern auch im Pensionssystem und in der Verwaltung in Milliardenhöhe vorhanden sind. Man muss sich ja nicht gleich die amerikanische „Tea Party“-Bewegung zum Vorbild nehmen, deren gesellschaftspolitische Vorstellungen wirklich nicht in eine moderne westliche Demokratie passen. Es genügt schon ein Blick in die Steiermark, wo unter dem Diktat der leeren Kassen Sozialdemokraten und Volkspartei ein grundvernünftiges Sparprogramm beschlossen haben und nun gemeinsam Maßnahmen durchziehen, die vorher politisch undenkbar waren.

Christine Domforth ist freie Journalistin in Wien.

„Robustes Betriebsergebnis“

Erste Group steigert Nettogewinn und Eigenmittelausstattung

Solide Entwicklung von Ertrag und Eigenkapital in einem nach wie vor schwierigen Umfeld, Vertrauen in das Wirtschaftswachstum in Zentral- und Osteuropa sowie die Bereitschaft, das Partizipationskapital des Bundes nach Zustimmung der Notenbank sofort zurückzuzahlen, waren die bestimmenden Aussagen bei der Präsentation der Halbjahresergebnisse der Erste Group. Diese konnte in den ersten sechs Monaten des laufenden Jahres den Nettogewinn um 5,2 Prozent auf 496,3 Mio. Euro steigern. Die Bankensteuern in Österreich und in Ungarn belasteten das Ergebnis vor Steuern mit nicht weniger als 95,6 Mio. Euro, was rund einem Fünftel des erzielten Betriebsergebnisses entspricht. Damit ist klar, in welchem Umfang diese Belastung den Ausbau der Eigenmittel aus Erträgen belastet.

Die Bilanzsumme stieg seit Jahresanfang von 205,9 Mrd. Euro um 4,0 Prozent auf 214,2 Mrd. Euro. Gleichzeitig verbesserte sich das Kredit-Einlagen-Verhältnis von 113,4 Prozent per 31. Dezember 2010 auf 111,0 Prozent per 30. Juni 2011. Während sich der positive Trend bei Kundeneinlagen fortsetzte (+3,2 Prozent auf 120,8 Mrd. Euro), blieb das Kreditwachstum verhalten. Das Einlagengeschäft entwickelte sich insbesondere in Österreich und Tschechien positiv, während das Kreditgeschäft vor allem in der Slowakei zufriedenstellend war.

Das Eigenkapital der Erste Group stieg zum 30. Juni 2011 auf 13,9 Mrd. Euro (Jahresende 2010: 13,6 Mrd.), das Core-Tier-1-Kapital auf 11,4 Mrd. Euro (Jahresende 2010: 11,0 Mrd.).

Stärke der Group

„Im zweiten Quartal 2011 baute die Erste Group den guten Start ins Geschäftsjahr weiter aus. Das operative Ergebnis verbesserte sich aufgrund des besten Zinsergebnisses in der Geschichte und einer stabilen Kostenbasis im Quartalsvergleich um 6,3 Prozent", betonte Andreas Treichl, Vorstandsvorsitzender der Erste Group. „Das Geschäftsumfeld war einerseits durch die Marktverwerfungen in Zusammenhang mit der griechischen Staatsschuldenkrise und andererseits durch die fortgesetzte Erholung der Wirtschaft in Zentral- und Osteuropa gekennzeichnet. Während sich einige Länder wie Tschechien, Österreich und die Slowakei sehr gut entwickelten, waren die Bankenmärkte in Ungarn und Rumänien weiterhin von Wachstumsschwäche geprägt“, so Treichl weiter. „Insgesamt bestätigt das Ergebnis des zweiten Quartals die Stärke der Erste Group, trotz der im internationalen Vergleich außerordentlich hohen Belastung durch Bankensteuern Kapital zu generieren“

Andreas Treichl: „Starkes Ergebnis trotz hoher Belastung durch Bankensteuern.“

CEE-Optimismus

Für alle Kernmärkte der Erste Group in Zentral- und Osteuropa wird für 2011 ein signifikantes Wirtschaftswachstum erwartet. Während sich dieses in Österreich, in Tschechien und in der Slowakei in steigender Nachfrage nach Kredit- und Veranlagungsprodukten niederschlagen wird, werden die Bankenmärkte Ungarns und Rumäniens nachhinken, da zunächst marktspezifische Themen abgearbeitet werden müssen.

In diesem Umfeld sollten stabile Margen, ein beschleunigtes Kreditwachstum, ein solides Provisionsergebnis sowie ein unter der Inflationsrate liegendes Kostenwachstum auch im zweiten Halbjahr 2011 zu einem anhaltend robusten Betriebsergebnis der Erste Group führen, unterstrich Treichl.

Insgesamt könne 2011 dank des starken Betriebsergebnisses mit einer weiteren Stärkung des Kernkapitals der Erste Group gerechnet werden.

-üh-

Brisanter geht es wohl nicht

Turbulenzen auf Finanzmärkten machen Alpbacher Finanzmarktgespräche aktueller denn je

Bei der Programmerstellung für die diesjährigen Finanzmarktgespräche in Alpbach, die am 1. und 2. September in dem berühmten Tiroler Bergdorf über die Bühne gehen werden, waren die jüngsten Turbulenzen im Euro-Raum und auf den globalen Finanzmärkten selbstverständlich noch nicht „eingeplant“. Dennoch: Die gewählten Themen haben als Folge der jüngsten Ereignisse zweifellos an Brisanz zugelegt.

„Wir haben uns bemüht, die vier wichtigsten Themen herauszugreifen, wobei wir teilweise an die Schwerpunkte vom Vorjahr anknüpfen wollten“, betont Prof. Rainer Münz, Koordinator und Spiritus rector der Alpbacher Finanzmarktgespräche. Dabei müsse die Programmerstellung regelmäßig folgendes Problem lösen: Trotz langer Vorlaufzeiten – eine attraktive internationale Besetzung der Panels erfordert die frühzeitige Einladung hochkarätiger Referentinnen und Referenten – gilt es Themen auszuwählen, die zum Zeitpunkt der Veranstaltung aktuell und interessant sind.

Münz charakterisiert den diesjährigen Themenbogen anhand konkreter Fragestellungen: „Wie können wir den Euro und die Euro-Zone gegen Krisen rüsten? Welche Rolle spielen Staaten heute und morgen als Schuldner? Und wie sieht das Bankgeschäft der Zukunft aus?“

„Die Frage nach der künftigen Rolle der Staaten als Schuldner ist aktueller denn je“, so Rainer Münz. Die jüngsten Ereignisse auf den Rentenmärkten machen dies besonders deutlich. „Die kollektive und die individuelle Eigenvorsorge der 2. und 3. Säule basieren auf der Verfügbarkeit von Staatspapieren, von deren nachhaltiger Wertbeständigkeit das Einkommen vieler Menschen im Alter abhängt. Derzeit geben die Rentenmärkte unter diesem Blickwinkel nur bedingt Sicherheit, auch darüber wird in Alpbach zu sprechen sein.“

Rainer Münz: „Das Finanzmarktsymposium in Alpbach hat an Kompetenz und somit auch Akzeptanz in den Führungsetagen gewonnen.“

Einen wichtigen Fokus des Symposiums bilden die Banken selbst. Schwerpunkte stellen die Zukunft der europäischen Bankenlandschaft, deren mögliche Konsolidierung sowie das Bankgeschäft unter den neuen Regelwerken von Basel III und CRD IV dar. Von Interesse sind dabei nicht bloß die Auswirkungen auf die Finanzinstitute, sondern auch die Konsequenzen für die Wirtschaft insgesamt.

Die Frage nach der künftigen Finanzierung der Realwirtschaft ist gerade für viele Länder Europas – insbesondere für Österreich, Mittel- und Osteuropa – von Bedeutung, weil Bankkredite die wichtigste Finanzierungsquelle für Unternehmungen darstellen. Die neuen Eigenmittelvorschriften für Banken unter Basel III dürften diese Kredite verteuern.

Münz rechnete vor der jüngsten Krise an den internationalen Börsen mit rund 900 Teilnehmern am Finanzmarktsymposium in Alpbach. Inzwischen können wir wohl davon ausgehen, dass das Interesse noch größer sein dürfte. Ergibt sich doch in Alpbach die erste Gelegenheit, die aktuelle Lage breit zu diskutieren.

Aus der internationalen Referentenliste

Lars Feld,
German Council of Economic Experts

Thomas Mayer,
Chief Economist, Deutsche Bank, Frankfurt am Main

Boris Vujdic,
Deputy Governor, Croatian National Bank, Zagreb

András Simor,
Governor, Hungarian Central Bank, Budapest

Thomas Wieser,
Chairman, Economic and Financial Committee of the European Union

Peter Gassmann,
Vice President, Booz & Company GmbH, Frankfurt

Elemér Tertak,
Principal Advisor, Directorate General Internal Market and Services, European Commission, Brüssel

Mojmír Hampl,
Vice-Governor, Czech National Bank, Prag

Andrea Enria,
Chairman, EBA – European Banking Authority, London

Walter B. Kielholz,
Chairman of the Board of Directors, Swiss Reinsurance Company Ltd, Zürich

Thomas Huertas,
Director, International, Financial Services Authority, London

Wie europäisch wird Regelwerk Basel III?

Vorschlag für die Umsetzung in der EU liegt jetzt vor

*Jakub Michalik**

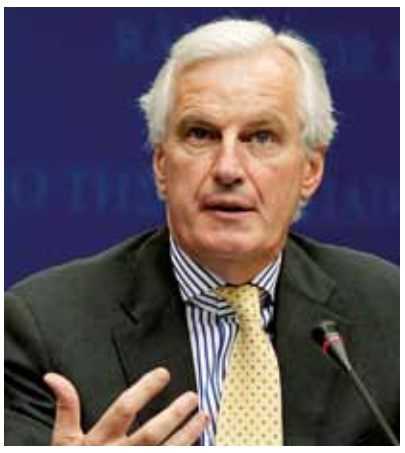
Im Juli hat Binnenmarktkommissar Michel Barnier den lange erwarteten Kommissionsvorschlag für die euro-päische Umsetzung des Basel-III-Pakets vorgestellt. Das Ziel: die Stärkung der Stabilität des Bankensektors durch die Erhöhung der Eigenmittel. Der Prozess, die Basis für diese Vorschläge zu schaffen, war langwierig.

Bei einer Pressekonferenz hat sich Kommissar Barnier extrem stolz gezeigt – die EU sei der erste internationale Partner aus dem Basel-Mitgliederkreis, der die konkreten Umsetzungsversuche gestartet habe. Nicht nur der Fakt der (relativ) schnellen Lieferung des Vorschlags deutet darauf hin, dass die Kommission Ihre Aufgabe sehr ernst genommen hat, sondern auch der künftige Adressatenkreis der neuen Vorschriften. In der EU sollen nämlich alle 8.300 Banken den neuen Regeln unterliegen – in den USA hingegen sollte Basel III nur für international tätige Großbanken gelten (was die Anwendung in der Praxis auf rund 25 Institute beschränkt). Barnier will dadurch einen starken und stabilen Finanzmarkt in der EU schaffen – da es laut eigenen Studien der Kommission für die Sicherung des Wachstums absolut notwendig ist, weitere Krisen zu vermeiden. Der potentiellen Krisenresistenz der europäischen Banken ist auch der Vorzug zu geben, wenn es um die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft geht, die mehrheitlich durch Banken finanziert wird.

Was wird neu?

Die EU-weite Umsetzung des Basel - III-Pakets soll im Rahmen der nunmehr dritten Überarbeitung der Capital Requirements Directive – genannt CRD IV – geschehen. Der Vorlage des Vorschlags der Kommission folgt nun das ordentliche Gesetzgebungsverfahren, im Rahmen dessen das Europäische Parlament (EP) und der Rat den endgültigen Text aushandeln und beschließen werden. Da das Inkrafttreten für den 1. Jänner 2013 geplant ist, müssen beide Institutionen ihre Arbeit gleich nach der Sommerpause beginnen. Der Zeitplan im Parlament sieht vor, dass der Bericht, verfasst durch den EVP-Abgeordneten Karas, Anfang 2012 vorgelegt wird und im Frühjahr zur Abstimmung gelangt. Parallel ist zu erwarten, dass die polnische Ratspräsidentschaft im Oktober mit den Expertentreffen beginnen und die Dänische Präsidentschaft (1. Halbjahr 2012) die Kompromissfindung abschließen wird. Damit das Datum des Inkrafttretens realistisch bleibt, müsste der finale Text spätestens im Sommer 2012 beschlossen werden.

Der Vorschlag besteht aus zwei Teilen: einer Verordnung und einer Richtlinie. Die wichtigsten Teile des Basel-III-Pakets, die in der direkt anwendbaren Verordnung zu finden sind, sind die geänderte Eigenkapitaldefinition, neue Liquiditätsvorschriften, die Einführung der Leverage Ratio und ein neuer Teil „Counterparty Credit Risk“ sowie die Einführung eines Single Rule Book statt nationaler Wahlrechte. Sehr wichtig dabei: Die Verordnung erfordert keine nationale Umsetzung. Die übrigen Teile – wie u. a. die Einführung der beiden Kapitalpuffer, Änderungen im Bereich Corporate Governance, Erweiterung der Kompetenzen der Aufsichtsbehörden, europaweite Harmonisierung der Sanktionen sowie Maßnahmen zur Stärkung der internen gegenüber den externen Ratings – werden im Richtlinienvorschlag festgehalten.



Binnenmarktkommissar Michel Barnier ist stolz auf den Verlauf der Umsetzung von Basel III.

Othmar Karas präsentierte die Schlussfolgerungen aus einer Studie zur Umsetzung von Basel III in KMU.

Konkret sieht der Vorschlag unter anderem eine Erhöhung des Core-Tier-1-Kapitals auf 4,5 Prozent, die Einführung eines fixen Capital Conservation Buffer von 2,5 Prozent sowie Countercyclical Buffer (stellt eine nationale Maßnahme in Zeiten des exzessiven Kreditwachstums dar und soll zwischen 0 und 2,5 Prozent schwanken) und die Einführung einer Liquidity Coverage Ratio ab 2015 vor. Es bleibt noch offen, ob die geplante Einführung der Leverage Ratio als verpflichtend erklärt wird, was auch für die Net Stable Funding Ratio gilt. Dies wird erst nach einer Beobachtungszeit bis 2018 von der Kommission entschieden werden.

Binnenmarkt und Wirtschaftswachstum

Es waren harte Monate für die Autoren des CRD-IV-Vorschlags – insbesondere für Mario Nava, Direktor der Generaldirektion Binnenmarkt in der Kommission. Zum einen musste der politische Wille des G20-Gipfels ausgearbeitet werden, zum anderen sollte ein EU-Vorschlag vorliegen, der als Ausgangsbasis von den einzelnen Mitgliedsstaaten gerade noch akzeptiert werden konnte. Die Kommission musste noch einmal versuchen, den europäischen Binnenmarkt auf dem Gebiet der Finanzdienstleistungen zu vollenden. Dies ist ohne einheitliche Vorschriften, ohne das Single Rule Book und ohne Maximalharmonisierung unmöglich. Auf der anderen Seite fragen sich viele, ob dieser Schritt überhaupt mit Wettbewerbsfähigkeit und Wachstumspotential kompatibel sein kann. Allein die Argumentation, dass „wir unbedingt der neuen Krise verbeugen müssen“, reicht nicht um einen zusätzlichen Dämpfer für die EU-Wirtschaft festzulegen – insbesondere in Osteuropa, wo 90 bis 95 Prozent der neuen Investitionen im KMU-Sektor durch Bankenfinanzierungen und nicht über den Kapitalmarkt getätigt werden.

Darüber hinaus ist der Umstand, dass durch die Wahl der Rechtsform einer Verordnung die nationalen Parlamente von der Mitgestaltung ausgeschlossen werden, kritisch zu hinterfragen. Dies besonders aus dem Grund, dass der vorliegende Textvorschlag die europäischen Spezifika des Bankensektors zu wenig widerspiegelt. Das kann aber nicht weiter verwundern, da der EU-Umsetzungsvorschlag von der Kommission vorbereitet wird, die lediglich einen Beobachterstatus im Basler Ausschuss hat und nur acht aller 27 EU-Mitgliedsstaaten die europäischen Forderungen nicht stark genug präsentieren können. Auch die Entscheidung, das Basel-III-Paket in Europa auf jeden Fall umzusetzen, auch wenn dieser Prozess – aus heutiger Sicht – in anderen Staaten der G20 vorübergehend oder generell nicht fortgesetzt wird, ist negativ zu beurteilen, da sie die europäische Wirtschaft in Nachteil setzt.

Erste Reaktionen

Noch vor der Veröffentlichung des CRD-IV-Vorschlags hat Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner gemeinsam mit Wirtschaftskammer-Präsident Christoph Leitl, IHS-Chef Bernhard Felderer, Erste-Generaldirektor Andreas Treichl und dem Abgeordneten im Europäischen Parlament Othmar Karas die zentralen Schlussfolgerungen aus einer neuen Studie zum Thema „KMU-orientierte Umsetzung von Basel III“ (untersucht durch IHS) präsentiert. Die potentiellen Auswirkungen der künftigen Eigenkapital- und Liquiditätsregeln für Banken auf die österreichischen KMU können laut Autoren sehr weitgehend ausfallen, was im Rahmen des Gesetzgebungsprozesses im EP und im Rat nicht vernachlässigt werden darf. Einen neuen Ansatz präsentierte letztens Heinrich Haasis, der Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV): „Die neuen Eigenkapitalrichtlinien sollten für kleine und mittlere Institute wie Sparkassen und Genossenschaftsbanken nicht gelten.“ Das zeigt, wie komplex, schwierig und unvorhersehbar die Debatte über die Basel-III-Umsetzung sowohl in Brüssel als auch in allen 27 Hauptstädten Europas sein wird. Fortsetzung folgt …

** Jakub Michalik ist Legal Adviser im EU-Office des Sparkassenverbandes in Brüssel.*

SPARKASSEN NEWS

Ausgezeichnete Investor Relations

Bei der in London stattfindenden Verleihung des Investor Relations Award wurde das IR-Team der Erste Group mit dem Preis für das österreichische Unternehmen mit dem besten Investor Relations ausgezeichnet.
Der jährlich verliehene Preis des Investor Relations Magazine Europe zeichnet IR-Teams für erfolgreiche Anlegerkommunikation aus.
Die IR-Awards werden in 60 Kategorien verliehen, darunter Investor Relations im Zuge eines Börsengangs, Corporate Governance & Transparenz und Corporate Social Responsibility. Umfragen und Interviews mit 731 Analysten aus 21 Ländern stellten die notwendige Information zur Verfügung, die für die Ermittlung der Gewinner der jeweiligen Kategorie ausschlaggebend war.

Erstes Projekt in Polen

Die Erste Group vergibt einen Investitionskredit von 32 Mio. Euro für die Übernahme des Krankenhauses Medicover in Warschau an die in Luxemburg ansässige Celox Group. Das Geschäft ist die erste Krankenhausfinanzierung in CEE durch die Erste Group und das erste Projekt der Gruppe in Polen.
„Medicover nimmt auf dem polnischen Markt eine besondere Stellung ein, da das Unternehmen eine bedeutende Krankenhaus-Infrastruktur sowie eine eigene Versicherungskonzession besitzt, was die Schaffung einer voll integrierten Wertschöpfungskette ermöglicht. Wir sind stolz darauf, den in Polen zweitgrößten Leistungsanbieter im Gesundheitswesen zu finanzieren“, so Werner Weihs-Raabl, Leiter der Abteilung Infrastructure Finance der Erste Group.

EU-Kommission empfiehlt „Recht auf Konto“

Seit mindestens 2005 hegt die EU-Kommission Pläne, das Recht auf ein Konto einzuführen. Ursprünglich hatte die Kommission beabsichtigt, eine bindende Legislativmaßnahme vorzulegen. Die Kreditwirtschaft wies aber seit Jahren darauf hin, dass die Zuständigkeit der Union in dieser Frage zweifelhaft ist.
Die Kommission belässt es daher beim „Soft Law“ und appelliert an die Mitgliedsstaaten, bis Mitte Jänner 2012 dafür zu sorgen, zumindest einen Zahlungsdienstleister zu bestimmen, der für das Angebot von Basiskonten (nur auf Habenbasis) zuständig ist. Jeder EU-Bürger soll das Recht haben, zumindest ein Konto pro Mitgliedsstaat zu eröffnen. Diese Basiskonten zur Abwicklung des Zahlungsverkehrs sollen kostenlos oder zu „angemessenen“ Kosten angeboten werden.

Jeder EU-Bürger soll das Recht haben, zumindest ein Konto pro Mitgliedsstaat zu eröffnen.

Neue Vorschriften gegen Bestechlichkeit

Im Zuge der Aufarbeitung der Korruptionsaffären der letzten Zeit schreibt das Europäische Parlament den Mandataren strengere Verhaltensregeln vor. Der neue Kodex verhängt nun ein ausdrückliches Verbot, Geld oder andere Vorteile für die Beeinflussung der parlamentarischen Arbeit anzunehmen. Geschenke dürfen nur bis zu einem Wert von 150 Euro angenommen werden. Deutlicher darlegen müssen die Abgeordneten auch ihre Einkünfte aus Nebentätigkeiten. Änderungen bei den Nebeneinkünften müssen bereits nach 30 Tagen angezeigt werden und nicht erst – wie bis dato – nach einem Jahr.
Mehr Transparenz gibt es auch, was die in Brüssel aktiven Interessensvertretungen anbelangt. Seit kurzem besteht ein von EU-Parlament und Kommission gemeinsam geführtes Lobbyistenregister, in das sich alle Interessensvertretungen samt ihren Interessensschwerpunkten eintragen sollen. Der Österreichische Sparkassenverband ist registriert und hält sich an die von den EU-Organen aufgestellten Regeln und ethischen Grundsätze für transparente und faire Lobbyarbeit.

„Würde mich nicht wundern, wenn ich den Nobelpreis bekäme“

Eine neue Theorie der politischen Ökonomie, Interview mit Prof. Armin Leuchter

Ratlosigkeit herrschte in den vergangenen Wochen in Regierungskanzleien, Management-Etagen und in der Wissenschaft. Die Börsen bebten, die Prognosen purzelten, und überall wird jetzt die Frage diskutiert: Wie sehen die Instrumente aus, mit denen die Wirtschaftspolitik das alles wieder ins Lot bringt? Achterbahn gibt Antwort. Wir sprachen mit Professor Armin Leuchter, Leiter des erst vor kurzem gegründeten Instituts für Ökonomische Hochleistungsforschung, der aus den Erfahrungen des vergangenen Sommers und auf der Grundlage jahrzehntelanger Studienarbeit eine neue Theorie der politischen Ökonomie entwickelt hat.

Achterbahn: Herr Professor Leuchter, wo sehen Sie das derzeit gravierendste Problem für die Fortsetzung der weltwirtschaftlichen Erholung, wie wir sie im ersten Halbjahr 2011 erlebt haben?
Leuchter: Vorweg zur Klarstellung: Ich forsche seit Jahrzehnten im Grundlagenbereich und nicht auf Zuruf nach irgendwelchen Krisenerscheinungen. Unser Institut wird allerdings bald so weit sein, eine umfassende Wirtschaftstheorie zu präsentieren. Diese wird dann die Regierenden dieser Welt in die Lage versetzen, die vielen Probleme einfacher und rascher zu lösen.

Könnten Sie uns da vorweg schon einen Blick auf die neue Theorie werfen lassen?
Ungern, denn es soll ja ein Konzept aus einem Guss sein.

Aber die Achterbahn versteht sich ja als Speerspitze des investigativen Wissenschaftsjournalismus …
Na schön, weil Sie es sind. Kern der neuen – in aller Bescheidenheit sei es gesagt – revolutionären Wirtschaftstheorie ist das Geldwirtschaftliche Gleichgewichtstheorem.

Was hat man sich darunter vorzustellen?
Nun, unsere jahrzehntelange Forschungsarbeit hat Ergebnisse gebracht, die vorher noch nie das Licht der wissenschaftlichen Öffentlichkeit erblickt haben. Wir haben mit unseren Computermodellen herausgefunden, dass auf Dauer die von den öffentlichen Haushalten disponierte Geldmenge nicht den liquiden Input in das System übersteigen darf. Tut sie es, dann führt das langfristig zu makroökonomischen Disparitäten, die eine fortschreitende Harmonisierung der haushaltsrelevanten Faktoren unmöglich macht.

Wie bitte? Heißt das etwa, dass man auf Dauer nicht mehr Geld ausgeben kann als man einnimmt?
Bitte schön, wenn Sie es auf diese Primitivformel herunterbrechen wollen, soll sein. Das ist zwar unwissenschaftlich, trifft aber in etwa den Kern der Sache.

Aber diesen Zusammenhang kennt doch jede Familie, jeder private Haushalt.
Nicht jedoch der öffentliche Haushalt. Dort war man der Meinung, dass politisch motivierte Schulden etwas anderes sind als ein Kredit für das neue Auto oder ein Bauspardarlehen. Wir haben hingegen in minutiöser Kleinarbeit nachweisen können, dass auch Bund, Länder oder Gemeinden den Gesetzlichkeiten der Grundrechenarten sowie Zinsbelastung unterliegen.

Und dafür braucht man ein eigenes Forschungsinstitut?
Verzeihen Sie, aber von einer kreditwirtschaftlichen Fachpublikation hätte ich mir schon mehr Abstraktionsvermögen erwartet. Die politische Fiskaltheorie ist ja keine profane Milchmädchenrechnung. Wir gingen ursprünglich zu Recht davon aus, einen strukturellen Unterschied zwischen dem Kredit eines Häuslbauers und beispielsweise den Kreditgarantien für die Schulden der Österreichischen Bundesbahnen im Zusammenhang mit dem Koralm-Tunnel machen zu müssen. Doch die interdisziplinäre Analyse ergab erstaunliche Übereinstimmungen in den Folgewirkungen finanzieller Art. Wir saßen da tagelang staunend vor unseren Computern.

Gibt es weitere Basiserkenntnisse, die in Ihre neue Wirtschaftstheorie einfließen werden?
Sicher: Einer der innovativsten Ansätze ist die anhand jahrzehntelanger Zeitreihenuntersuchungen verifizierte Erkenntnis, dass praktisch alle Gläubiger auf dieser Welt erwarten, ihr Geld wieder zurückzubekommen. Das hat uns im Institut selbst am meisten überrascht, weil wir anfänglich überzeugt waren, Schuldner könnten ihre Forderungen im Laufe der Zeit verdrängen. Doch siehe da: Unsere Modellsimulationen haben – ich will da nicht zu sehr ins Detail gehen – ergeben, dass Finanzkrisen Gläubigerkrisen sind.

Die neueste Erkenntnis der Wissenschaft: Man kann auf Dauer nicht mehr Geld ausgeben als man einnimmt.

Welches Echo in der interessierten Öffentlichkeit erwarten Sie nach Veröffentlichung Ihrer Theorien?
Die werden wie eine Bombe einschlagen. Weltbank und Internationaler Währungsfonds haben bereits Interesse signalisiert, die OECD schickt eine eigene Arbeitsgruppe nach Österreich, um den wissenschaftlichen Gehalt unserer Aussagen zu überprüfen. EZB und die US-Notenbank geben sich hingegen noch sehr reserviert.

Und welche Reaktionen erwarten Sie im Inland?
Das Land Kärnten hat uns schon wissen lassen, dass es sich – egal, was im Berichtsband letztendlich drinsteht – nicht angesprochen fühlen wird. Dem Vernehmen nach geht der Landeshauptmann davon aus, dass für dieses Bundesland auch wirtschaftstheoretisch jeweils ganz andere Gesetzmäßigkeiten gelten. Ähnlich denkt man im Wiener Rathaus. Doch das Echo wird weltweit solche Einzelskeptiker weit übertönen. Ohne jetzt überheblich wirken zu wollen: Die Verleihung des Nobelpreises für Wirtschaftswissenschaften würde mich nicht wundern …

Unter dem Seitentitel „Achterbahn“ wollen wir einen Schuss Humor, einen halbernst-satirischen Blick auf Aktuelles und eine zusätzliche Portion pointierter Meinung ins hochseriöse Redaktionsprogramm rühren. Zum thematischen Schaukeln und gelegentlichen Verschaukeln. Sparefroh ist jedenfalls angeschnallt. Hier kann er zeigen, dass er auch Humor hat.

DAS LETZTE WORT

Nord-West-Strömung und touristischer Südwind

Es ward recht still um die Klimaerwärmung im zu Ende gehenden Sommer. Kein Wunder, wenn mitten im August im Wetterbericht der Begriff „Schneefallgrenze“ verwendet werden muss. Für den heimischen Tourismus war die kühle und teilweise verregnete Hochsaison eine schwere Belastung. Jetzt hoffen alle auf einen schönen Herbst. Der Ausdruck „Altweibersommer“ scheint mittlerweile der semantischen Genderächtung zum Opfer gefallen zu sein ...
Doch unternehmerische Innovation kennt wohl keine Grenzen, auch wenn es um Wetterkapriolen geht. Und so sind die Marketingstrategen so mancher Tourismusverbände auf die naheliegende Idee verfallen, mit dem Wende-Sommer in die werbliche Offensive zu gehen. Im arabischen Raum sind bereits erste Hochglanzfolder aufgetaucht, die ausdrücklich auf die Durchschnittstemperaturen in den alpinen Regionen hinweisen und auch nicht vergessen, die Regenmengen als akquisitorisches Asset für einen Erholungsurlaub in den kühlen Bergen anzuführen.
Denn mittlerweile gibt es im Nahen Osten eine durchaus einkommensstarke Klientel, die der brütenden Hitze der Heimat für einige Tage oder gar Wochen entfliehen möchte. Hier eröffnen sich neue Marktchancen.
Tourismusexperten berichten, dass es auch aus Italien immer öfter diesbezügliche Anfragen potentieller Gäste gibt, die der drückenden Schwüle der Städte entlang der Po-Ebene oder den heißen Sommern Apuliens oder Kalabriens entfliehen wollen. Ähnliches gilt für Spanien und Nordafrika.
Der Städtetourismus hat von den gedämpften Temperaturen ebenfalls profitiert, denn für Stadtbesichtigungen war der Sommer 2011 geradezu ideal. Des einen Freud’, des anderen Leid. Noch immer ist die Zahl jener Gäste, die sich bei sommerlichen Temperaturen in Bergen und an Alpenseen erholen wollen, naturgemäß wesentlich höher als jene der „Hitzeflüchtigen“ aus dem Süden. Bleiben uns also die dominanten Nord-West-Strömungen auch in den kommenden Jahren erhalten, dann muss breitflächig umgedacht werden. Damit aus dem Süden zumindest die kaufkräftigen Gästeströme kommen. Wird der nächste Sommer hingegen wieder heiß, na, dann kann man ja die Wanderprospekte und die Bäderkataloge neu auflegen. Das ist gar nicht so zynisch gemeint, wie es klingt. - üh -

ERLESEN – ERHEITERT – ERLITTEN

„Irgendwann wird alles fertig.“
Wilhelm Rasinger, Kleinaktionärsvertreter, im „Falter“ zur Problematik des Projektes Skylink am Flughafen Schwechat

„Amerika will sparen und darf mehr Schulden machen.“
Titel in der FAZ nach der Einigung über die Anhebung der Schuldengrenze in den USA

„Steuerdebatte: Wo steckt Angela Merkel?“
Aufmacher im deutschen „Handelsblatt“

„Hunde in Wien sind anders. FPÖ präsentiert Beißstatistik.“
Titel eines Beitrags in der „Wiener Bezirkszeitung“

„Die Österreicher wünschen sich besseres ORF-Programm.“
Zeitloser Aufmacher aus dem KURIER

„Nein, Herr Bundeskanzler, nicht die Spekulanten sind schuld an der Krise.“
Titel eines Kommentars von Christian Ortner in der PRESSE

Dieser Ausgabe liegen Beilagen der NÖ Beteiligungsfinanzierungen GmbH, Wien und der NÖ Bürgschaften GmbH, Wien bei.

Dieser Ausgabe der Sparkassenzeitung liegen Jahresabschlüsse von Sparkassen bei. Wenn sich in diesem Exemplar keine Beilage befindet, können Sie diese unter angelika.eisenmagen@sv.sparkasse.at kostenlos per E-Mail anfordern.

Impressum

Herausgeber, Redaktion:
Österreichischer Sparkassenverband,
Grimmelshausengasse 1, 1030 Wien
E-Mail: info@sv.sparkasse.at
Internet: www.sparkasse.at

SPARKASSE Verband Österreich

Redaktion: Dkfm. Milan Frühbauer (Chefredakteur), Mag. Andreas Feichtenberger, Mag. Sandra Paweronschitz, Mag. Helmut Reindl
Beirat: Mag. Michael Ikrath, Mag. Nina Hoppe, Mag. Michael Mauritz, Mag. Peter N. Thier

Medieninhaber, Konzeption und Gestaltung:
Kommunal-Verlag, Löwelstraße 6, 1010 Wien
Diese Ausgabe wurde am 12.8.2011 redaktionell abgeschlossen.